

Und wer sind die Richter? Die russische Justiz steht vor einer groß angelegten Säuberungsaktion

<https://svpressa.ru/society/article/494098/>

SvobodnajaPressa, 09.12.2025

Der ehemalige Generalstaatsanwalt Krasnow soll Untergrund-Milliardäre bestrafen, Privilegienliebhaber zügeln und die „Entrechteten“ schützen.

Von Sergej Aksjonow

Allgemeine und spezielle Fragen im Zusammenhang mit der Rechtspflege in unserem Land stehen auf der Tagesordnung der Plenarsitzung des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation (OGS), die für den 9. Dezember geplant ist. Im heutigen Russland haben wohl noch nie zuvor nicht nur Fachleute, sondern auch einfache Bürger dieses Ereignis mit solcher Ungeduld erwartet.

Viele Russen waren von der als „Fall Dolina“ bekannten Situation tief betroffen. Aufgrund der seltsamen Auslegung der Umstände des Falles über den Verkauf einer Wohnung durch eine Sängerin durch das Gericht blieb ein gutgläubiger Käufer ohne Wohnung und ohne Geld zurück. Insgesamt gibt es im ganzen Land bis zu dreitausend ähnliche Fälle, und viele haben begonnen, dieses unglückselige Schema anzuwenden.

Abgesehen von den direkten Verlusten in konkreten Fällen untergräbt eine solche Praxis das Vertrauen der Menschen in die Institution des Privateigentums, in das Justizsystem und in den Staat insgesamt als Garant der Rechte der Bürger auf Schutz. Die Versprechen, den „Entrechteten“ ihr Geld zurückzugeben, müssen für die Zukunft durch einen Sonderbeschluss des Plenums des Obersten Gerichts systematisch verankert werden.

Dies ist zwar nur ein Einzelfall, der jedoch Millionen Russen betrifft, aber eine Vielzahl von unterschiedlichsten, manchmal erstaunlichen Informationen über Gerichtsentscheidungen, das Justizsystem und einzelne Richter lassen immer mehr Zweifel an der Angemessenheit dieser Staatsgewalt aufkommen, die als gerechter Schiedsrichter in Streitigkeiten auf allen Ebenen fungieren soll.

Die Schiedsrichter selbst müssen untadelig sein. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass es in diesem Land milliarden schwere Richter gibt. Auch wenn nicht alle Fälle vor Gericht verhandelt wurden, ist klar, dass Staatsbeamte kaum legal zu einem solchen Vermögen gelangen können. Viele hatten eine ganze Reihe von nominellen Eigentümern von Vermögenswerten, darunter auch Verwandte.

Dem ehemaligen Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs von Adygea, Aslan Trachow, werden vom Staat Vermögenswerte in Höhe von 5,4 Milliarden Rubel weggenommen. Nach An-

gaben der Generalstaatsanwaltschaft stammen diese aus korrupten Quellen. Zuvor wurden dem Ex-Richter, der sich eines Korruptionsvergehens schuldig bekannt hatte, Vermögenswerte in Höhe von 13 Milliarden Rubel weggenommen. Insgesamt sind das 18 Milliarden Rubel – fast die Hälfte des Haushalts der Republik.

Mehr als 630 Immobilienobjekte, darunter 442 Grundstücke, 174 Nichtwohngebäude und Gewerbeimmobilien, 8 Villen und 9 Wohnungen, fallen an den Staat. Hinzu kommen eine Reihe großer Agrarunternehmen, die auf dem fruchtbaren Boden Krasnodars viele Milliarden einbringen.

Von Trachows Landsmann und Kollegen aus der Justiz – dem ehemaligen Vorsitzenden des Krasnodarer Landgerichts Alexander Tschernow – wurden Vermögenswerte in Höhe von 13 Milliarden Rubel beschlagnahmt: 87 Immobilienobjekte, darunter Grundstücke, Gewerbegebäude und Wohnungen. Die größte Beschlagnahmung betraf einen landwirtschaftlichen Betrieb mit 5.000 Hektar Ackerland.

Die höchste Position in der Richterhierarchie unter den Enteigneten hatte der Richter des Obersten Gerichtshofs und Vorsitzende des Richterrats Russlands, Viktor Momotow, inne, dessen Geldbeutel nach der Stattgabe der Klage der Staatsanwaltschaft „nur“ um 9 Milliarden Rubel leichter wurde. Momotow legte keine Berufung gegen die Entscheidung zur Beschlagnahmung seiner Vermögenswerte ein. Er gab seine Schuld faktisch zu.

„Die unersättliche Gier nach Gewinn ging so weit, dass einige für die Rechtsprechung geschaffene Ämter zu einem Marktplatz wurden, Bestechlichkeit und Parteilichkeit zur Herrschaft der Richter, und Nachsicht und Nachlässigkeit zur Billigung der Gesetzlosen“, zitierte der Ankläger vor Gericht aus einem Erlass der Kaiserin Elisabeth. Momotow hatte sie zuvor in seinem Lehrbuch zitiert.

Eine solche Kluft zwischen Wort und Tat, die in jedem Beruf schädlich ist, wirkt in der Rechtsprechung besonders zynisch.

Russische Kunstkenner erinnern sich in solchen Momenten wahrscheinlich an das berühmte Gemälde des holländischen Malers „Die Haut eines korrupten Richters wird abgezogen“, das im Rathaus von Brügge als Mahnung für die Nachwelt aufbewahrt wird.

Interessanterweise sitzen die Eigentümer der beschlagnahmten Vermögenswerte noch nicht auf der Anklagebank, obwohl jeder andere Staatsbeamte – zum Beispiel ein General des Verteidigungsministeriums, der des Diebstahls überführt wurde – längst hinter Gittern gelandet wäre. Möglicherweise wollen die Behörden das gesamte Netzwerk der Korrupten aufdecken und zögern deshalb mit der strafrechtlichen Verfolgung der Personen.

Die Aufdeckung einer ganzen Kohorte korrupter Richter (hier sind nur die bekanntesten Fälle aufgeführt) konnte sich auf das Ansehen der Justiz in den Augen der anderen Staatsgewalten – der Exekutive und der Legislative – auswirken. Die Debatte in der Staatsduma über das

Gesetz zur lebenslangen Versorgung von Richtern löste erwartungsgemäß negative Reaktionen der linken Opposition aus.

Die Kommunisten und Sozialrevolutionäre waren überrascht über die „Wünsche“ (so der Ausdruck des Abgeordneten der Kommunistischen Partei Russlands, Michail Matwejew) der Richter, die über ein hervorragendes Gehalt, Sozialleistungen und andere Privilegien verfügen und diese lebenslang behalten möchten. Auf die Fragen der Abgeordneten nach dem Zusammenhang zwischen dem guten Leben der Richter und der Gerechtigkeit wurden keine Antworten gegeben.

In der postsowjetischen Zeit wurden Unantastbarkeit, hohe Gehälter und Garantien für Richter eingeführt, um Korruption zu vermeiden. Man ging davon aus, dass jemand, der gut verdient, keine Bestechungsgelder annehmen würde. Infolgedessen wollten einige der Richter mehr und nutzten ihren besonderen Status für uneingeschränkte persönliche Bereicherung.

Im Falle von Richtern hat mögliche Korruption zudem einen doppelten negativen Effekt. Denn Vermögenswerte in Milliardenhöhe wurden höchstwahrscheinlich durch bestimmte Gerichtsentscheidungen erworben.

So könnte jeder durch Korruption erworbene Rubel Ungerechtigkeit in der Gesellschaft hervorrufen und das soziale Gefüge verzerren und zerreißen.

Tatsächlich geht es um die Gefahr der Bildung einer Art Kaste, die Anspruch auf einen besonderen Status erhebt. Wenn dieser Status der Gerechtigkeit dienen würde, wäre das noch zu verschmerzen, aber allem Anschein nach geht es hier um den Wunsch, sich selbst und möglicherweise auch Angehörigen Privilegien zu sichern. So könnte es sogar zu einer Vererbung dieses Status kommen.

Man sollte nicht denken, dass jemand übertreibt. Ein deutliches Zeichen für die Ansprüche eines Teils der Richtergemeinschaft war das Bestreben einiger Richter, sich den gesetzlichen Beschränkungen zu entziehen, die für normale Bürger gelten. Zum Beispiel für das Autofahren, wenn Bußgelder auf der Grundlage von Aufnahmen von Verkehrskameras verhängt werden.

So ist es nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden des Regionalgerichts Lipezk „nicht ganz richtig“, wenn Beamte solche Bußgelder wie normale Autobesitzer nach dem allgemeinen Verfahren erhalten. Deshalb müsse ein anderer Ansatz für die Bestrafung von „Sonderpersonen“ entwickelt werden. Zum Beispiel könnte nur die Staatsanwaltschaft das Recht erhalten, über das Schicksal eines solchen Verkehrssünders zu entscheiden.

Diese verblüffende Terminologie verrät das leidenschaftliche Bestreben eines Teils der Oberschicht, sich von den unteren sozialen Schichten abzugrenzen. Hüte runter, Knechte! Allerdings bestehen nicht alle Richter auf einem Sonderstatus – einige sind bereit, auf der Grundlage allgemeiner Prinzipien zu leben und für ihre Handlungen Verantwortung zu übernehmen.

men. Darüber hinaus gehören nicht nur Richter, sondern auch Abgeordnete und Staatsanwälte zu den „Sonderpersonen“.

Bezeichnenderweise hat sich gerade ein Vertreter der Aufsichtsbehörde – der ehemalige Generalstaatsanwalt Igor Krasnow, heute Vorsitzender des Obersten Gerichtshofs – vorgenommen, die Augiasställe der Richterkorporation zu säubern, indem er eine grundsätzliche Haltung gegenüber denen einnahm, die „gegen das Gesetz oder die Berufsethik verstoßen oder Handlungen begehen, die mit dem Amt eines Richters unvereinbar sind“.

Im November wurde vom Obersten Qualifikationskollegium der Richter die Einleitung von Strafverfahren gegen drei Vertreter der Richterkorporation genehmigt. Gestern kamen fünf weitere hinzu. Darüber hinaus nahm die Oberste Qualifikationskommission für Richter den Rücktritt des Vorsitzenden der Disziplinarkommission des Obersten Gerichtshofs an. Es scheint, als könne man vom Plenum des Obersten Gerichtshofs eine Wende der russischen Justiz hin zur Wahrheit erwarten.

Wenn nicht Igor Krasnow jetzt, dann niemand.

Aus dem Russischen mit DeepL

Siehe auch: <https://svpressa.ru/society/article/494078/?lbq=1>